

Nationale Sicherheitspolitik am Scheideweg : die Schweiz zwischen militärischem Interventionismus und zivilem Internationalismus

Autor(en): **Lang, Josef**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **21 (2001)**

Heft 41

PDF erstellt am: **18.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652137>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Nationale Sicherheitspolitik am Scheideweg

Die Schweiz zwischen militärischem Interventionismus und zivilem Internationalismus

Am 10. Juni 2001 haben 51 Prozent der schweizerischen UrnengängerInnen gegen den Widerstand der isolationistischen Rechten und der pazifistischen Linken der Revision des Militärgesetzes knapp zugestimmt. Dieses ermöglicht es der Schweizer Armee, an Nato-Kriegseinsätzen, aber (vorderhand) nicht an Kampfhandlungen teilzunehmen. Aufgrund der Vox-Analyse und Abstimmungsvergleichen ist davon auszugehen, dass knapp 60 Prozent des rotgrünen Lagers einer Vorlage zugestimmt hat, die von militärischen Vordenkern als „Schlüssel für die Armee XXI“ bezeichnet wurde (Wenger/Trachsler, 2001, 11). Das knappe Ja erklärt sich zum einen aus den von links und rechts vorgebrachten Einwand, es ginge um den (bereits möglichen) „Selbstschutz der Soldaten“ ,und zum andern aus dem Wunsch, endlich der Einen Welt beizutreten, und sei dies durch militärische Hintertür.

Die Neue Zürcher Zeitung (NZZ), die wusste, dass sich der Abstimmungskampf auf der Linken entschied, stellte danach „die Gegner“ generell als BürgerInnen hin, die „ihre Meinungen nicht sicherheitspolitisch, sondern nationalistisch“ begründen. Als die SP-Nationalrätin Barbara Haering Binder anfangs Juni unter starkem öffentlichen Druck den anonymen Financier der linken Ja-Kampagne, die Union Banque Suisse (UBS), bekannt gab, rechtfertigte sie diese seltsame Allianz mit dem „gemeinsamen Interesse“ an der Öffnung der Schweiz. Was steckt hinter dem Banken-Interesse an militärischen Ausland-Einsätzen? Um was für „Interessen“ geht es bei der schweizerischen Annäherung an die Nato? Worum geht es bei deren neuen out-of-area-Strategie und bei den Armeeplänen der EU? Diesen Fragen, die im Frühling zu kurz gekommen sind, soll in umgekehrter Reihenfolge nachgegangen werden.

Globale Waffenbrüder in der „neuen Weltordnung“

Im April 1999, während des Kosovokriegs, nutzte die Nato zur Feier ihres 50-jährigen Bestehens die Chance für eine „faktische Neugründung“ (Reincke, 2000, 8). Zusätzlich zur bisherigen Verteidigung des Nato-Territoriums gegen aussen und innen wurden die „Vermeidung“ und „Beilegung“ von regionalen Konflikten und Krisen auch ausserhalb des eigenen Territoriums zur „neuen Kernaufgaben der Allianz“ deklariert (Zumach 2000, 61). Als Krisenszenarien, Risiken und Bedrohungen gelten in der neuen Strategie „Terrorakte“ und „Sabotage“, aber auch „die Unterbrechung der Zufuhr lebenswichtiger Ressourcen“ oder die „unkontrollierte Bewegung einer grossen Zahl von Menschen, insbesondere als Folge bewaffneter Konflikte“. Als „Unterbrechung der Zufuhr“ kann auch die Nationalisierung von Rohstoff-Ressourcen interpretiert werden.

Als Ziel wurde zwar bloss die „Stabilisierung und Sicherung des Euro-Atlantischen Raumes“ angegeben. Dass dies eine weltweite militärische Kontrolle voraussetzt, illustriert das Nato-Engagement in Mittelasien mit dem Ziel, die Sicherheit der Öl- und Erdgaslieferungen zu garantieren. Hermann Scheer kritisiert, dass die „Nato-Ausweitung bis an die innerasiatische Grenze Chinas und bis zum Himalaja“ nicht mehr ein „europäischer Sicherheitsplan (...), sondern ein globalstrategischer Plan“ sei. Damit werde ein „strategisches Dreierbündnis“ anvisiert – „mit Russland als Ressourcenlieferant und militärischem Ausrüster Indiens und Chinas“. Daraus drohe ein „neuer Ost-West-Konflikt“, der „zugleich ein Nord-Süd-Konflikt ist und obendrein die Kulturkreiskonflikte zentral berührt.“ (Scheer 2000, 83ff.)

Bereits ein Jahr, bevor die neue Offensiv-Strategie der Nato festgeschrieben wurde, hatte Admiral T. Joseph Lopez, damals Oberkommandeur des Nato-Südabschnitts, von seinem Militärbündnis gefordert, „sich nach vorne zu engagieren“. Die „einzige Möglichkeit, Vorgänge in entfernten Ländern zu beeinflussen“, laute, „dort präsent zu sein.“ Aufschlussreich ist das Bedrohungsszenario, das der Chef der „Allied South Forces“ für die südliche und östliche Mittelmeergegend entworfen hatte: „In manchen Ländern gibt es religiösen und politischen Extremismus, demographische Probleme, wie eine hohe Geburtenrate, Flüchtlingsbewegungen und illegale Einwanderung.“ Weiter erwähnt er den Terrorismus, „die strategischen Ressourcen (...) und etwas, über das wir normalerweise nicht nachdenken: Wasser.“ Zusätzlich wies der Nato-Südkommandeur darauf hin, dass im Jahr 2005 das europäische Durchschnittsalter bei 43 Jahren, das nordafrikanische unter 18 Jahren liegen werde.“ (Zitiert nach El-Gawhary, 2000, 92)

Die offensiven Ziele der neuen Nato-Doktrin stehen in einem engen Zusammenhang mit der ökonomischen Globalisierung. Die sozialen Verwerfungen, nationalen und kulturellen Demütigungen, die bewaffneten Konflikte und Migrationsbewegungen, Folgen einer rücksichtslosen Wirtschafts-, Sozial- und Bündnispolitik, müssen unter Kontrolle gehalten werden, polizeilich und militärisch. In diesem Sinne sind der globale Neoliberalismus und der globale Neomilitarismus Waffenbrüder in der „neuen Weltordnung“. Die beiden Nato-Berater und Wirtschaftswissenschaftler Keith Hartley und Todd Sandler betonen in ihrem Buch „Die politische Ökonomie der Nato“, die „Armut“ nähere „die Hoffnungslosigkeit und die Unzufriedenheit.“ Das „extreme Gefälle“ zwischen den Nationen „könnte im kommenden Jahrtausend Revolutionen verursachen.“ Und diese „könnten die Versorgung mit natürlichen Ressourcen aus rohstoffreichen Ländern Afrikas und Asiens unterbrechen.“ (Sandler/Hartley 1999, 166).

US-Hegemonie und EU-Militarismus

Die Nato, die mit der Auflösung des Warschauer Paktes ihre „Raison d'être“ verloren hatte, musste in den neunziger Jahren ihre bisherige Doktrin neu definieren und geriet damit in Konflikt mit der bislang für die Weltsicher-

heit zuständigen UNO. Ebenso rücksichtslos wie geschickt nutzte die Nato die Chance, die ihr der Balkankrieg bot, die UNO militärisch und sicherheitspolitisch auszubooten. Dass der mandatslose Natokrieg in Kosovo und Serbien mit der Festschreibung der Out-of-area-Doktrin zusammenfiel, war alles andere als zufällig.

Globale Nato-Hegemonie bedeutet gleichzeitig globale US-Hegemonie. Was Peter Hug über Clintons Weltpolizistenrolle schrieb, trifft auf die George W. Bush-Regierung erst recht zu: „Vielmehr verfolgt die Clinton-Administration die Strategie, die Vereinten Nationen finanziell und politisch auszutrocknen, um der Nato unter der Führung der USA ein ‘Weltein-greifsmopol’ zu verschaffen.“ (Hug 1999, 162f.)

Der geplante Aufbau eines Raketenabwehrsystems passt bestens in die Strategie von Hegemonialismus und Neomilitarismus. Laut Friedensforscher Ernst-Otto Czempiel geht es um die „Absicherung des globalen Gewaltpotenzials (...), auf das die USA ihren Weltführungsanspruch zunehmend gründen.“ Zusätzlich fördere diese Massnahme, die „offensive Absichten signalisiert“, die „Rüstungsdynamik“, vor allem „im Bereich der strategischen Massenvernichtungswaffen.“ (Czempiel, 2000, 114)

Hinter der National Missile Defense (NMD) der USA und dem Ausgreifen der Nato stecken neben strategischen Absichten auch wirtschaftliche Interessen. So erstaunt nicht, dass der amerikanische Ausschuss für die Nato-Osterweiterung vom Vizepräsidenten des Rüstungskonzerns Lockheed Martin präsiert wird. Der weltweit grösste Waffenproduzent, der 1999 vom Pentagon Aufträge in der Höhe von 18,5 Milliarden Dollar erhielt, produziert jene F-16-Kampfflugzeuge, die den Polen, Tschechen und Ungarn aufgedrängt wurden. Die us-amerikanische Rüstungsindustrie, deren Aktionariat zu einem Grossteil aus institutionellen Anlegern besteht, nahm die Durststrecke von 1986 bis 1997 zum Anlass, um Grossfusionen durchzuführen und die Produktivität massiv zu erhöhen. Clintons Ankündigung, die Rüstungsausgaben von 1999 bis 2003 um 112 Milliarden Dollar zu erhöhen, der Kosovo-Krieg und der Wahlsieg von Bush haben den fünf Rüstungsriesen der USA wieder Blütezeiten wie unter Reagan beschert (Serfati, 2001, 83-99, 130).

Der militärische Arm, den die Europäische Union aufbauen will, stellt weder die Hegemonie der USA noch die der Nato in Frage. Die europäische „Kriseneingreiftruppe“ soll die USA im Umfeld Europas und in Afrika entlasten, die Festung Europa sichern und den EU-Mitgliedern die Finanzierung der militärischen Modernisierung erleichtern. Das haben nach anfänglicher Skepsis auch die USA verstanden. In einem gemeinsamen Artikel im Wallstreet Journal vom 24. März 2000 schrieben die damalige Aussenministerin Madeleine Albright und der Verteidigungsminister William Cohen: „Europa braucht mehr militärische Kapazitäten, als es heute hat. Es muss mehr ausgeben und es intelligenter einsetzen.“ Tatsächlich geben im laufenden Jahr „acht von elf EU-Staaten, die gleichzeitig auch Mitglieder der Nato sind, real mehr Geld für die Verteidigung aus als im Vorjahr.“ (Eigenmann 2001)

Wie sich die Ziele des wirtschaftsmächtigsten EU-Staates und die der Nato decken, enthüllt ein internes Dokument des Verteidigungsausschusses des deutschen Bundestages aus dem Jahre 1992. Das von Klaus Naumann, dem späteren Generalinspekteur der Bundeswehr und Vorsitzenden des Nato-Militärausschusses, verfasste Dokument über die „Neugestaltung der Bundeswehr“ zählt folgende militärische Zukunftsaufgaben auf: „Aufrechterhaltung des freien Welthandels und des Zugangs zu strategischen Rohstoffen“ sowie „die Vorbeugung, Eindämmung und Beendigung von Konflikten jeglicher Art, die die Unversehrtheit und Stabilität Deutschlands beeinträchtigen könnten“; ebenso die „Förderung und Absicherung weltweiter politischer, wirtschaftlicher, militärischer und ökologischer Stabilität.“ (Zit in Zumach 2000, 57) Ende der 90er Jahre postulierte die von der Bundesregierung eingesetzte Weizsäcker-Kommission „Gemeinsame Sicherheit und Zukunft der Bundeswehr“: „In Zukunft wird die Bundeswehr nicht mehr für territoriale Verteidigung eingesetzt werden, sondern für die Verteidigung deutscher Interessen ausserhalb aller geographischen Grenzen, wenn notwendig auch in einem Aggressionskrieg.“ (Zit. in Neuber 2000, 4)

Die Schweiz – von der UNO zur Nato

In ihren „Grundlagen der militärstrategischen Doktrin“ vom Februar 2000 gehen auch die schweizerischen Militärs davon aus, dass es „unwahrscheinlich“ sei, „dass unser Land von einem Nachbarn angegriffen wird“. Daraus folgert die amtsinterne „Konzeptionsstudie 1“: „Die Armee ist als Gesamtsystem auf Interoperabilität auszurichten. (...) Im für die Schweiz relevanten strategischen Umfeld, dem euroatlantischen Sicherheitsraum, kann Interoperabilität nur auf die Nato ausgerichtet sein.“ Als „Risiken“ werden unter anderem „Ressourcen-, Wasser- und Nahrungsmittelmangel sowie Armutswanderungen“ genannt (Schweizerische Armee, 2000, 19, 52).

Obwohl dieses Konzept, als es publik wurde, einigen Staub aufwirbelte, sprach man sich darin lediglich für einen Richtungswechsel aus, der bereits Mitte der 90er Jahre nach dem Volks-Nein zur Beteiligung an UNO-Blauhelmeinsätzen zur Friedenserhaltung eingeschlagen worden war. 1996 schloss sich die Schweiz der Nato-Partnership for Peace (PfP), 1998 dem PfP Planning and Review Process an und legte 1999 die ersten spezifischen Interoperabilitätsziele fest (Ragetti, Roulier, Wegmüller, 2000, 275).

Die sicherheitspolitische Wende von der UNO zur Nato vollzog die Schweiz parallel zur Marginalisierung der UNO durch die Nato auf internationaler Ebene. In dem am 10. Juni 2001 knapp angenommenen Militärgesetz war der bisherige UNO-Begriff „friedenserhaltend“ (peace keeping) durch den Nato-Begriff „friedensunterstützend“ (peace supporting) ersetzt worden. Peace-support-Einsätze können gemäss Glossar der bundesrätlichen Botschaft zur Änderung des Militärgesetzes „friedenserhaltender und friedens erzwingender Natur sein“ (Botschaft vom 27. 10. 1999). Für „peace-enforcement“-Einsätze kommt in den für die Schweiz relevanten Fällen

nur die Nato in Frage. Das erst im Laufe der parlamentarischen Debatte eingebaute UNO/OSZE-Mandat ist bloss taktischer Natur. Es diene der Einbindung der Sozialdemokratischen Partei, hat aber angesichts der Schwäche von UNO und OSZE keine grosse Bedeutung und dürfte in einer der kommenden Gesetzesänderungen wieder herausgekippt werden. Jedenfalls fehlt das UNO-Mandat im Entwurf für die nächste Revision des Militärgesetzes, bei der es unter anderem um Auslandseinsätze „zur Unterstützung humanitärer Hilfeleistungen“ und um eigenständige militärische Operationen zur Wahrung „schweizerischer Interessen“ geht (Art. 69, Entwurf vom 2.5.2001).

Dass das Hauptziel der laufenden Armeereform die Nato-Interoperabilität ist, bestätigen auch die im April 2001 bekannt gewordenen Rüstungspläne des Bundesrates. Teure Beschaffungen wie das Flugkörperabwehrsystem, das neue Kampfflugzeug, die Führungs- und Informationssysteme in der Schweizer Armee machen nur dann Sinn, wenn sie kompatibel sind mit den Waffensystemen im Nato-Verbund, so der Generalstabschef H.-U. Scherrer (Die Weltwoche, 31. Mai 2001). Zum Teil folgen sie direkt den „Partnership Goals 2000“, welche die Armeeführung mit der Nato ausgehandelt und vereinbart hat (Ramseyer 2001).

Militärische und wirtschaftliche Interessen

Bereits vor der Abstimmung 2001 musste den Militärs klar sein, dass der Weg zu einer Beteiligung der Schweizer Armee an eigentlichen Kriegseinsätzen lang sein wird. Trotzdem ist es für die Armee von vitaler Bedeutung, eine internationale Perspektive zu gewinnen – und die gibt es nur im Rahmen der Nato. Anderthalb Monate nach dem knappen Abstimmungsergebnis vom 10. Juni, als neben der SVP und der SPS auch die FDP zur Armeereform XXI auf Distanz ging, redete die Neue Zürcher Zeitung den Freisinnigen ins Gewissen: „In dieser Armee 95 eskalieren die Krisensymptome. Sie ist ein Heer ohne Zukunftsperspektiven geworden, eine Armee in einer Motivationskrise, um die die Wirtschaft, um die hoffnungsvolle junge Kader zunehmend einen Bogen machen (Miliz) und der andere gar davonlaufen (Instruktoren).“ (NZZ 31. 7. 01)

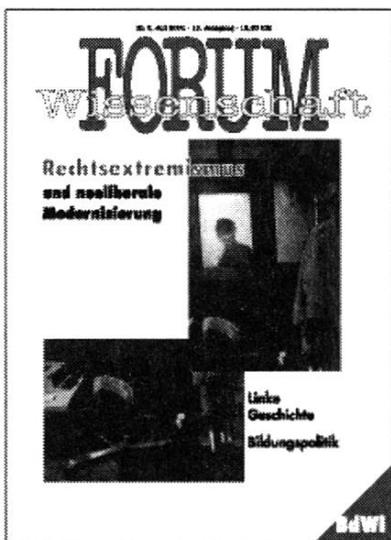
Neben der Legitimierung der Armee hat die Nato-Annäherung die Aufgabe, die wirtschaftlichen und politischen Interessen des helvetischen Kapitals auf dem Weltmarkt besser zu verteidigen. Der freisinnige Ständerat Hans-Rudolf Merz begründete in der Neuen Zürcher Zeitung die bewaffneten Auslandseinsätze mit dem Hinweis auf die Schweiz „als Exportland, das seinen Wohlstand grossteils den internationalen Märkten“ verdanke. „Abseitsstehen“ führe „zu harten Fragen“. So spielte Merz offensichtlich auf den Umstand an, dass Länder, die mehr Soldaten ins Ausland schicken, weniger Flüchtlinge aufnehmen müssten (NZZ 8.5.2001). Eine andere „harte Frage“, welche Merz nicht erwähnt, an die aber die UBS bei ihrer Grossspende gedacht haben dürfte, lautet: „Wie wollt ihr euer Bankgeheimnis halten, wenn ihr nicht bereit seid, mindestens militärisch ‘Solidarität’ zu üben?“

Die sterile Polarisierung der 90er Jahre zwischen sturem Isolationismus und hohlem Öffnungspathos in der Europapolitik wird durch die globalisierungskritische Bewegung aufgebrochen. Der für wirtschaftliche und militärische Sonderinteressen vereinnahmte Begriff der Solidarität erhält wieder seinen ursprünglichen egalitären und emanzipatorischen Sinn zurück. Die sicherheitspolitischen Fragen der nächsten Zukunft lauten für die Schweiz: Binden wir uns in die Nato, den militärischen Sonderbund des reichen Nordwestens dieser Welt ein? Oder beschränken wir uns auf deren Gegenprojekt, die UNO, die mindestens potentiell ein Bund der gleichberechtigten Völker ist? Braucht die Welt von der Schweiz das Kriegs- oder das Friedenshandwerk? Der völkerrechtswidrige „Rachefeldzug“ der USA und ihrer Helfershelfer gegen Afghanistan und den internationalen Terrorismus erhellt nochmals die Brisanz von Fragestellungen, die im Abstimmungskampf um das Militärgesetz von den bürgerlichen und linken Jassagerinnen und Jassager mit grosszügiger Hilfe der Grossfinanz, Medien und des Bundesrates unterdrückt wurden. Die kommenden Abstimmungen über die Schaffung eines freiwilligen zivilen Friedensdienstes, die Abschaffung der Armee und den Beitritt zur UNO bieten die Chance, den zivilen Internationalismus als Alternative zu unterstützen.

Literatur

- Candeias, Mario, 2000: Die Gewalt der Globalisierung. In: Das Argument Nr. 235, Hamburg
- Czempiel, Ernst-Otto, 2000: Risse im Bündnis. Die transatlantischen Beziehungen brauchen mehr Gleichberechtigung. In: Stefan Reinecke (Hg.), Die neue Nato. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht? Hamburg
- Eigenmann, Dominique, 2001: Europas allmähliche militärische Revolution. In: Tages-Anzeiger 21. 6. , Zürich
- El-Gawhary, Karim, 2000: Das Mittelmeer als neue Front? Die arabische Welt und die neue Nato-Doktrin. In: Stefan Reinecke (Hg.), Die neue Nato. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht? Hamburg
- Hug, Peter, 1999: Zukunft der europäischen Friedens- und Sicherheitspolitik. Nach dem Nato-Krieg in Kosovo. In: Widerspruch, Heft 37, Zürich
- Lang, Josef, 2000: Frag nicht, was die Welt für die Schweiz tun kann, sondern was die Schweiz für die Welt tun kann. In: Neue Wege, Nr. 4, Zürich
- Neuber, Arno, 2000: Armee für alle Fälle. Der Umbau der Bundeswehr zur Interventionsarmee. In: isw Report Nr. 44, institut für sozialökologische wirtschaftsforschung, München
- Ragetti, Thomas / Roulier, Alfred / Wegmüller, Hans, 2000: Konsequenzen der neuen militärstrategischen Ausrichtung der Schweizer Armee auf Doktrin und Führung. In: Eberhart, Hans / Stahel, Albert A.: Schweizerische Militärpolitik der Zukunft, Zürich
- Ramseyer, Niklaus, 2001: 29 Milliarden für Armee-Aufrüstung. In: Basler Zeitung 30. 4. Basel
- Reinecke, Stefan, 2000: Was will die Nato? In: Reinecke Stefan (Hg.), Die neue Nato. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht? Hamburg
- Sandler, Todd/Hartley, Keith, 1999: The Political Economy of NATO. Past, Present and into the 21st Century. Cambridge

- Schweizerische Armee, 2001: Armeeleitbild XXI. Konzeption der Schweizerischen Armee zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Entwurf vom 2.5.01, Bern
- Schweizerische Armee, 2000: Konzeptionsstudie 1. Grundlagen der militärstrategischen Doktrin. Bern
- Serfati, Claude, 2001: La mondialisation armée. Le déséquilibre de la terreur. Paris
- Scheer Hermann, 2000: Kampf ums Öl. Das Nato-Engagement in Mittelasien In: Stefan Reinecke (Hg.), Die neue Nato. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht? Hamburg
- Wenger, Andreas / Trachsler, Daniel, 2001: Bewaffnete Teilnahme an Friedensoperationen – Schlüssel für die Umsetzung von „Sicherheit durch Kooperation“ und Armee XXI. In: Bulletin 2001 zur schweizerischen Sicherheitspolitik, Zürich
- Zumach, Andreas, 2000: Die Sieger der Geschichte. Zur neuen Strategie der Nato. In: Stefan Reinecke (Hg.), Die neue Nato. Vom Verteidigungsbündnis zur Interventionsmacht? Hamburg



Rechtsextremismus und neoliberale Modernisierung

Der »Aufstand der Anständigen« ist vorbei. Längst haben sich alle wieder hingesezt. Das Thema »Rechtsextremismus« ist dennoch auf der politischen Tagesordnung. NPD-Aufmarsch am Tag der Einheit in Berlin, fremdenfeindliche Übergriffe und die Übernahme »rechter« Themen durch die »Mitte«. In Forum Wissenschaft beschäftigen sich AutorInnen aus Wissenschaft und Politik mit dem beantragten NPD-Verbot, den rechten Parteien in Italien, Österreich und der Bundesrepublik, mit rechtsextremen Frauen im Netz und der Instrumentalisierung deutscher Vergangenheit. Es schreiben: Michael Minkenberg, Christoph Butterwegge, Christian Christen, Simone Dinah Hartmann, Gerd Wiegel, Gudrun Hentges, Ralf Gössner, Stephan Möbius und Michale Klundt.

Außerdem: Über die Geschichtsschreibung der radikalen Linken, die Modernisierung von »Chancengleichheit« in der Bildungspolitik u.v.m.

Das Einzelheft kostet DM 12,50
(plus 3 DM Versandkosten),
das Jahresabonnement 48 DM.

Bestellungen bitte an:

FORUM
Wissenschaft

Gisselberger Str. 7
35037 Marburg
Tel. (06421) 21395
eMail: forum@bdwi.de